

Zur Lage der LINKEN nach dem Rückzug von Lafontaine und vor dem Parteitag in Rostock

„Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere mal als Farce.“

(Karl Marx 1852, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 115)

In der Ausgabe Nummer 5 von 2010 wird durch einige Spiegel-Autoren die These aufgestellt, dass *„Die Linke, deren politischer Aufstieg noch vor kurzem unaufhaltsam war, sich in einem beklagenswerten Zustand“* befinde und *„in diesen Tagen das Platzen der kühnen Vision von einer starken linken Bewegung, die 2013 die schwarz-gelbe Koalition ablösen könne, zu berücksichtigen“* sei.¹

Angesichts der wiederholten Nachrufe, die in den vergangenen 20 Jahren auf die PDS im konkreten und die Linke im Allgemeinen verfasst wurden, ist den zitierten Annahmen der Spiegel-Autoren nicht all zu viel Bedeutung beizumessen.

Dennoch stellen die Ereignisse der vergangenen Wochen, zum einen der Rückzug Oskar Lafontaines vom Vorsitz der Bundestagsfraktion und der Bundespartei, zum zweiten die öffentlich inszenierte Demontage Dietmar Bartschs und zum dritten die Vorschläge für die neue Führungsstruktur der Bundespartei eine Zäsur in der jungen Geschichte der Partei Die Linke dar.

Der Rückzug Oskar Lafontaines: ein herber Einschnitt

Der Rückzug von Oskar Lafontaine bedeutet für die LINKE einen herben Einschnitt. Es wird eine Lücke sichtbar, die selbstredend nicht ohne Mühe zu schließen sein wird. Dies allein mit der fragilen Konstitution der Partei zu erklären, greift zu kurz.

Denn bei dieser Verkürzung wird vernachlässigt, dass die LINKE auf noch nicht einmal fünf Jahre Existenz zurückblickt, dass sie als Sammlungspartei und trotz der Existenz in zwischenzeitlich zwölf von sechzehn Landtagen sowie dem Deutschen Bundestag und zwei Landesregierungen mit einer extremen Diskrepanz in organisatorischer Stärke und gesellschaftspolitischer Verankerung zwischen Ost und West konfrontiert ist.

Dass diese fragile Konstitution jedoch keineswegs mit dem zwangsläufigen Scheitern einhergehen muss, zeigt ein Blick auf die Grünen – vor der LINKEN die erste langfristig erfolgreiche Parteigründung in der deutschen Nachkriegsgeschichte:

„Die Grünen existieren seit nunmehr 13 (zwischenzeitlich 30 – d.A.) Jahren. Krisen und Konflikte, Spaltungsdrohungen und prominente Austritte, Parteibeschimpfungen durch gewählte SprecherInnen, chaotische Parteitage und Totsagungen – anything goes, Ungewissheit, ja Beliebigkeit erscheinen als stabile Grundlagen der Grünen. Aber die Außen- und Momentaufnahmen täuschen. Es gibt heute mehr Struktur und es gibt häufig andere Strukturen als auf den ersten Blick sichtbar.“²

¹ Andrea Brandt / Markus Deggerich / Claus-Christian Maltzahn 2010, Ideologische Selbstzerstörung, in: Der Spiegel 5/2010, S. 20f.

² Joachim Raschke 1993, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln, S. 22.

Die Lücke, die Oskar Lafontaine hinterlässt, resultiert deshalb weniger aus der Verfasstheit der Linken, als vielmehr aus der besonderen Rolle der politischen Ausnahmepersönlichkeit, die der Politiker Lafontaine im deutschen Parteiensystem spielte und weiterhin spielt. Es ist allgemein anerkannt, dass ohne die Initiative von Oskar Lafontaine im Mai 2005 das Projekt „Die Linke“ nicht entstanden und erfolgreich gewesen wäre. Die Ankündigung des früheren SPD-Politikers, für ein gemeinsames Wahlbündnis zur Verfügung zu stehen, war eine, möglicherweise die notwendige Initialzündung. Sie erzeugte den notwendigen Druck, um Bedenken und Abneigungen in WASG und PDS zu verdrängen. Und sie sendete in Zeiten höchster Bewegungen im rot-rot-grünen Wähler/-innenlager ein Signal an diejenigen Milieus in Westdeutschland, die die PDS 15 Jahre erfolglos zu erreichen suchte, dass hier tatsächlich eine wählbare gesamtdeutsche Wahl-Alternative entsteht.

Möglicherweise trifft deshalb auf die Beziehung zwischen Oskar Lafontaine, dem Ausnahmepolitiker, und die LINKE zu, was Filmer/Schwan 1990 über die Beziehung zwischen Lafontaine und dem Saarland schrieben – man ersetze also „Saarland“ jeweils durch „Die Linke“:

„Stolz sind die Saarländer auf ihren Oskar. Er vermittelte ihnen ein neues Wir-Gefühl, steigerte ihr Selbstbewusstsein, machte das kleine Grenzland weltbekannt. Lafontaine führte seine Mitbürger aus der Resignation heraus und schaffte so etwas wie Aufbruchstimmung. Der ‚Sonnenkönig von der Saar‘ – wie ihn Spötter herablassend nennen – hält seitdem die politischen Fäden in der Hand. (...) Lafontaine ist das Saarland, das Saarland ist aber auch ein wenig Lafontaine. Er hält sich für geeignet, die Bundesrepublik zu regieren. (...) Dem widerborstigen Saarländer verweigern auch politische Gegner nicht den Respekt. Lange Zeit unterschätzten sie ihn, rügten sein vordergründiges, autoritäres und arrogantes Gehabe. Kritisiert wurden immer wieder seine machiavellistischen Züge. Doch gibt es ein vergleichbares politisches Talent in der Bundesrepublik?“³

Und dennoch oder gerade deshalb ist das Verhältnis der Partei „Die Linke“ zu Oskar Lafontaine, wie übrigens bereits vorher auch der Partei „SPD“, geprägt durch das Spannungsverhältnis von sowohl Charisma und Führungsfähigkeit, als auch der Skepsis gegenüber einer Politik, die so stark auf Personen setzt. Es gab, wie Tom Strohschneider zutreffend feststellt in der Linken – und hier ist nicht nur die LINKE gemeint – immer beides: den Kult und die Kritik.

„Fast jeder in der Partei weiß beides zu erzählen: die Wertschätzung gegenüber dem Political Animal, dem Fachpolitiker und glänzenden Redner Lafontaine - und die Erfahrung, dass manche Größe auch mit Arroganz und Ich-Bezogenheit einhergeht, mit Autorität im schlechten Sinne des Wortes.“⁴

Wenn also nun die LINKE einen Vorstand und Vorsitzende nach dem Rückzug Oskar Lafontaines benennen und wählen muss, dann wird damit zwangsläufig das Licht weniger hell strahlen. Es tritt eine Normalisierung ein, die vielfach als Ernüchterung wahrgenommen wird.

Diese Ernüchterung muss nicht von Schaden sein. Sie kann vielmehr dazu beitragen sich mit klarem Kopf den erforderlichen Aufgaben zu widmen, die in den vergangenen fünf Jahren vernachlässigt wurden. Dazu gehört insbesondere die Klärung programmatischer und strategischer Fragen, die – woran Jürgen Reents in einem aufklärerischen Beitrag erinnerte - bereits bei Verabschiedung der „Programmatischen Eckpunkte“ im Jahre 2007 aufgeworfen wurden:

„Dort sind zum Schluss des Dokuments 16 grundlegende Fragen notiert, auf die ‚Antworten gefunden werden müssen‘ – und die Aufzählung sollte laut dortigem Text lediglich eine ‚Anregung‘ sein. Der Klärungsbedarf wurde also weit darüber hinaus gesehen.“⁵

³ Werner Filmer / Heribert Schwan 1990, Oskar Lafontaine, Düsseldorf-Wien-New York, S. 11f.

⁴ Tom Strohschneider 2010, „Nicht ersetzbar“, <http://www.freitag.de/politik/1003-lafontaine-linkspartei-vorsitz-programm>.

⁵ Jürgen Reents 2010, Streiten lernen. Betrachtung über eine verschobene Debatte in der LINKEN, in: Neues Deutschland vom 8. Januar 2010, S. 17.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben freilich nicht dazu beigetragen, der Aufforderung von Reents nachzukommen. Vielmehr erlebte die LINKE eine medial inszenierte Demontage des Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch, die zweifellos einen Kulturbruch in der wechselvollen Parteigeschichte seit 1990 darstellt. Nicht dass die frühere PDS auf dramatische Momente und erhebliche personelle Konflikte verzichten musste. Im Gegenteil. Erinnerung sei nur an die als kollektive Erpressungen zu interpretierenden Verknüpfungen der Kandidaturen Gysis in den früheren 90er Jahren an die Nichtwahl Sahra Wagenknechts in den PDS-Parteivorstand oder an die Rückzugserklärung von Bisky/Gysi/Brie auf dem Münsteraner PDS-Parteitag des Jahres 2000.

Disziplinierung und Ausgrenzung – traditionell schädliche Konfliktbearbeitungsmuster in der Arbeiterbewegung

Die neue „Qualität“ gegenüber den in der vormaligen PDS personalisierten politischen Konflikten besteht darin, dass über den wiederholt öffentlich geäußerten Vorwurf mangelnder Illoyalität und die inszenierte Kampagne zur Verhinderung einer erneuten Kandidatur als Bundesgeschäftsführer bzw. der Nachfolge als Parteivorsitzender nur vordergründig auf die Person Dietmar Bartsch abgezielt wurde. Vielmehr wurde, wie Reents vollkommen zutreffend feststellt, über das Instrument der Einforderung von Loyalität ein höchst missbrauchsanfälliges Disziplinierungsinstrument in die innerparteiliche Debatte und Auseinandersetzung eingeführt:

„Denn gemeint (wird) häufig nicht eine Loyalität im weiteren Sinne (die Achtung der Interessen anderer und der redliche Umgang damit), sondern in einer engeren Definition als widerspruchslose Treue und Gefolgschaft gegenüber einer parteilichen Obrigkeit, abgestuft bis in die höchsten Zirkel.“⁶

Es gehörte zur spezifischen Entwicklungsgeschichte der PDS und war Ausdruck eines anti-stalinistischen Reflexes, dass die Disziplinierungsversuche von PDS-Vorständen in der Regel weitgehend erfolglos und Parteiausschlüsse faktisch unmöglich waren.

Anders in den Organisationen, aus denen eine Vielzahl der WASG-Mitglieder kommt. Bevor Klaus Ernst und andere die WASG gründeten, waren sie aus der SPD ausgeschlossen worden. Die Geschichte von Parteiausschlüssen, Unvereinbarkeitsbeschlüssen und anderen Disziplinierungsinstrumenten der Gewerkschaften, der SPD aber auch der diversen K-Gruppen in der bundesdeutschen Nachkriegs- und jüngeren Geschichte ist ebenso lang wie unangenehm.

Anders als vielfach angenommen, waren in der PDS und sind im ostdeutschen Teil der LINKEN derlei Disziplinierungsinstrumente ungebräuchlich. Nicht zuletzt daher kommt auch Gysi bereits für die PDS zutreffende Feststellung, dass in der Partei in den westdeutschen Landesverbänden unvermeidlich ein gewisser Prozentsatz an „Irren“ zum Mitgliederstamm gehöre.⁷

Die Tatsache, dass insbesondere Klaus Ernst als derjenige identifiziert wurde, der das Disziplinierungsinstrument „Parteiloyalität“ missbräuchlich gegen Dietmar Bartsch anwendete begründet auch das erhebliche Misstrauen bzw. die verbreitete Ablehnung, die ihm als designiertem Vorsitzenden entgegenschlägt. Will Klaus Ernst tatsächlich ein Parteivorsitzender für die gesamte Partei werden und dieses Amt ausfüllen, steht er vor der Aufgabe, zwei Dinge unverkennbar glaubhaft zu machen:

- dass die in der Geschichte der Arbeiterbewegung von jeher schädlichen Instrumente parteipolitischer Disziplinierung und Ausgrenzung in der LINKEN weder jetzt noch künftig anzuwenden sind,

⁶ Reents 2010, ebd.

⁷ Vgl. neben vielen anderen Interviews: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/480841/

- dass die Kandidatur als Westdeutscher mit WASG-Hintergrund umso stärker dazu verpflichtet, dem Eindruck entgegenzutreten, den „Osten auch bei der LINKEN ‚klein zu kriegen“.⁸

Versucht er dies nicht resp. gelingt ihm und den ihn tragenden Kräften dies nicht, ist nicht nur die Wahl von Klaus Ernst in Frage gestellt. Vielmehr schwindet damit die Grundintention des gesamten Personalpaketes, die Partei stabilisieren zu wollen.

Strukturelle Probleme des designierten Parteivorstandes

Das Unbehagen gegenüber dem, in der auf den Neujahrsempfang der Bundestagsfraktion folgenden und bis in die frühen Morgenstunden dauernden Krisensitzung, gefundenen Kompromiss für den designierten Parteivorstand speist sich folglich aus einer Vielzahl von sich teilweise widersprechenden Aspekten. Einige der Aspekte sind allein mentaler Natur. Andere müssen ernst genommen werden, weil sie

- organisationspolitisch hoch riskant und im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen des Jahres 2011 gefährlich sein können
- strukturelle Fehlentwicklungen in sich tragen, die dazu führen können, dass die LINKE die gleichen oder zumindest ähnliche Fehler begeht wie die PDS im Vorfeld der Wahl-niederlage 2002.

In den Bereichen des mentalen Unbehagens gehört die insbesondere unter den ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden verbreitete Feststellung, es sei mindestens schwierig, dass mit Klaus Ernst derjenige, der maßgeblich für die Demontage von Dietmar Bartsch Verantwortung trägt und mit der Form dieser Demontage einen höchst gefährlichen Weg der innerparteilichen Auseinandersetzung eröffnet hat, nun Parteivorsitzender werden solle. Dies könne ein zweifelhaftes Präjudiz künftiger Parteientwicklung sein. Es liegt nunmehr an Klaus Ernst selbst, inwieweit er die Zeit bis zum Parteitag und im Falle seiner Wahl die Tätigkeit im Parteivorstand nutzt, diesem Unbehagen glaubwürdig entgegenzutreten und damit Stop-Signale an diejenigen sendet, die seit Kurzem die Zeit für „eindeutige Ansagen“ gekommen sehen.

Ebenfalls eher mentalen Charakter hat die Kritik an mangelnder Transparenz und der Vorwurf einer übereilten Festlegung des Personalvorschlags für den künftigen Parteivorstand. So verständlich diese Kritik ist, lässt sie doch außer Acht, dass mit der Rückzugserklärung von Oskar Lafontaine vom Parteivorsitz sich die LINKE in einem gefährlichen Vakuum befand. Gerade vor dem Hintergrund der oben bereits dargelegten erkennbaren Lücke, die Oskar Lafontaine auf der bundesparteilichen Bühne hinterlässt, wäre es unter den Bedingungen der Mediengesellschaft ausgesprochen riskant gewesen, hätte die LINKE nicht zügig glaubhafte personelle Vorschläge für die Führung der Partei präsentieren können. Die Verdeutlichung von Handlungsfähigkeit disharmoniert naturgemäß mit dem verständlichen Bedürfnis einer Partei, in einer solchen Situation sich selbst verständigen und dann Auswege finden zu wollen. Vorwürfe der Parteibasis gegenüber dem handlungserforderlichen bundespolitischen Establishment sind insoweit unvermeidbar.

Voraussetzung für die Wahl des neuen Parteivorstandes ist die Änderung des Statutes, denn die Umsetzung des Personalvorschlags erfordert die Einführung einer Quotierungsregelung auf unterschiedlichen Hierarchiestufen, die bislang weder gewünscht noch notwendig war. Vielmehr war ursprünglich vorgesehen, die spezifischen Übergangs- und Quotierungsregelungen zur Sicherung des Einflusses der beiden sogenannten Quellparteien WASG und Linkspartei.PDS mittelfristig abzuschaffen.

Entgegen der Annahme einiger Akteure ist davon auszugehen, dass die Satzungsänderung die erforderliche Mehrheit auf dem Rostocker Parteitag erreichen wird. Ob das dem Parteitag vorgeschlagene Personalpaket hingegen mehrheitsfähig sein wird, ist derzeit offen. Dies hängt zwar nicht vordergründig aber auch damit zusammen, dass die vorgeschlagene Struktur organisationspolitisch Risiken birgt.

⁸ Vgl. Reents 2010, ebd.

Im Ergebnis des Aushandlungsprozesses wurde vorgeschlagen, dass im künftigen Parteivorstand zwei Bundesgeschäftsführer/-innen sowie zwei Parteibeauftragte (je einmal Ost und einmal West) vertreten sein sollen. Damit werden künftig neben den Vorsitzenden und stellvertretenden Parteivorsitzenden vier Personen die Aufgaben wahrnehmen, die in anderen Parteien für gewöhnlich einem Bundesgeschäftsführer (Grüne) oder einem Generalsekretär und einem Bundesgeschäftsführer (CDU/CSU, SPD, FDP) obliegen.

Dass darin ein erheblicher Sprengstoff aufgrund von Reibungsverlusten, fehlenden Synergien und erheblichem Potential von Machtproben besteht, liegt auf der Hand. Verschärft wird dies noch dadurch, dass der Personalvorschlag eine Ost-West-Quotierung und eine strömungsbezogene Quotierung beinhaltet, die das Potenzial von Gemeinsamkeiten weiter reduziert. Die Kritik an diesem vorgesehenen Organisationsmodell ist demzufolge strukturell bedingt und nicht personenbezogen. Es ist schlicht keine Personenkonstellation vorstellbar, die eine solche Doppelung gleichartiger Aufgabenstruktur erfolgreich und integrativ auszufüllen in der Lage wäre.

Will man das Personalpaket nicht in Frage stellen, ist zumindest dreierlei erforderlich:

- die Aufgaben der sogenannten Partei- bzw. Parteibildungsbeauftragten sind genau zu definieren und vor allem auf das erforderliche zu begrenzen, um Nebengeschäftsführungen zu vermeiden
- unter Rückgriff auf die erfolgreiche Kooperation von Bodo Ramelow als Wahlkampfleiter 2005 mit dem Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch sind die Aufgaben der beiden Bundesgeschäftsführer/-innen dergestalt zu trennen, dass eine/r als Wahlkampfleiter/-in und eine/r als Parteiorganisator/-in fungiert
- die Wahl zweier Bundesgeschäftsführer/-innen bleibt eine Ausnahme für die Dauer einer Parteivorstands-Wahlperiode.

Nur über diesen Weg lässt sich gewährleisten, dass die gefundenen Personalkompromisse der Bundespartei nicht zur Axt an der Wurzel der angestrebten Wahlerfolge bei den Landtags- und Kommunalwahlen des Jahres 2011 werden. Bei diesen Wahl wird es immerhin nicht nur um den Einzug in die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gehen, sondern bestehen Regierungsoptionen in den Ländern Bremen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und ist eine Fortsetzung der Regierungstätigkeit in Berlin vorgesehen.

Möglicherweise ist die Zukunft die Vergangenheit, die durch eine andere Tür wieder hereinkommt – Wiederholt die LINKE die Fehler der PDS?

In einigen Teilen der ostdeutschen LINKEN, die vormals der PDS angehörten, wird mit Blick auf den Rostocker Parteitag häufig davon gesprochen, dass es sich dabei um eine Wiederholung der „Ereignisse von Gera“ handeln könnte. Der PDS-Parteitag in Gera im Herbst 2002 steht dabei synonym für die Diskreditierung der Regierunglinken und einer linken Gestaltungspolitik überhaupt.⁹ Im Ergebnis dieses Parteitages und des dort gewählten Parteivorstandes trudelte die PDS der politischen Bedeutungslosigkeit entgegen, bis mit der Einberufung eines Sonderparteitages im Sommer 2003 und der Neuwahl eines Parteivorstandes, die Reißleine gezogen und letztlich die Grundlage dafür geschaffen wurde, dass die WASG und Oskar Lafontaine im Jahre 2005 eine handlungsfähige PDS vorfanden.

Die spezifischen Bedingungen, die zum ebenso spezifischen Verlauf des Geraer Parteitages führten sind m.E. nicht geeignet, die heutige Problemlage der LINKEN adäquat zu beschreiben. Ein Vergleich ist ungeeignet und nicht zielführend.

Anders verhält es sich jedoch beim Vergleich der bestehenden Defizite der strategisch-programmatischen Debatte innerhalb der LINKEN mit den Fehlern der PDS, die zur Wahlniederlage 2002 beitrugen. Hier werden Parallelen deutlich, die zum einen im Erbe der PDS begründet liegen und zum anderen den spezifischen Entstehungsbedingungen der LINKEN geschuldet sind. Dazu zählen Dauerwahlkämpfe ebenso wie das verständliche, aber letztlich

⁹ Vgl. Halina Wawzyniak 2007, 4 Buchstaben und eine lange (PDS)-Geschichte. 5 Jahre Geraer Parteitag, http://www.forum-ds.de/article/852.4_buchstaben_und_eine_lange_pds_geschichte.html

gefährliche Bemühen, das Zusammenwachsen der beiden Parteien nicht mit Konflikten zu überfrachten zu wollen und notwendige Klärungen deshalb zu vermeiden.

Wie Reents darlegt, haben die politisch messbaren Erfolge bei den vergangenen Landtags- und der Bundestagswahl die Hoffnung genährt, es sei unproblematisch oder sogar hilfreich *„notwendige inhaltliche Debatten (und daraus folgende politische Initiativen) auf der Aufgabenliste nach hinten zu rücken. Auch wenn anderes betont wird, ist das ein Rückgriff auf die Vorstellung, man müsse nach außen auf jeden Fall Klarheit, Festigkeit und Geschlossenheit demonstrieren, um keine Zweifel an bereits vorhandener politischer Stärke aufkommen zu lassen.“*¹⁰

Ein Beispiel dafür ist der Berliner Parteitag im Sommer 2010. Auf ausdrückliche Bitte von Lothar Bisky und über alle Strömungen hinweg wurde dort die Entscheidung getroffen, z.B. die seit Jahren überfällige Klärung wesentlicher außen- und sicherheitspolitischer Fragen erneut zu vertagen. In großer Einmütigkeit wurde das Bundestagswahlprogramm verabschiedet. Die von den Medien erwartete Inszenierung einer Selbstzerfleischung der Partei viel aus. Die Bewertung der NATO oder eine durch einen Parteitag vorgenommene Widerspiegelung des seit Jahren differenzierten Abstimmungsverhaltens von Teilen der Bundestagsfraktion über Auslandseinsätze der Bundeswehr fiel damit aus – stattdessen wurde ein Formelkompromiss gefunden und beschlossen.

Die Figur des »Formelkompromisses« beschreibt dabei den letztlich fatalen und erfolglosen Lösungsversuch in einer ritualisiert-erstarrten, binnenfixierten und ideologisierten innerparteilichen Debatte der PDS.

Seit Mitte der 90er Jahre dominierte in der PDS ein immer wiederkehrendes Ritual: Vor jedem Parteitag erklärten die Exponenten der wiederstreitenden Richtungen ihre Position in Grundsatzanträgen. Die Themen dieser Grundsatzanträge waren PDS-„Evergreens“, die mit gesellschaftlich diskutierten Problemfeldern häufig nicht allzu viel zu tun hatten.

Die Medien thematisierten diese spürbaren Differenzen ebenso ritualisiert als Konflikt an dem die Partei zu zerbrechen drohe. Um nun den Medien und der eigenen Mitgliedschaft zu beweisen, dass ein Auseinanderbrechen der PDS nicht zu erwarten sei, wurde auf den betreffenden Parteitagen in der Regel ein lauer Kompromiss verabredet, in dem sich eine möglichst breite Parteitagsmehrheit wiederfinden konnte und sollte. Dem Charakter nach waren diese Beschlüsse Formelkompromisse, weil mit ihnen keine Entscheidung über ein politisches Problem getroffen wurde, sondern weil sie ihre Funktion dann erfüllt hatten, wenn der Parteitag nach außen Geschlossenheit präsentierte.

Nun ist gegen einen solchen Modus im Grundsatz nichts einzuwenden, handelt es sich dabei doch um ein weit verbreitetes Problemlösungsinstrument, das die Parteitagsregie auch der anderen Parteien widerspiegelt.

Problematisch für die innerparteiliche Debatte der PDS erwies es sich jedoch, dass auf solche Formelkompromisse keine Problemlösung, also Klärung der innerparteilichen Konflikte und damit Fortentwicklung der Partei erfolgte.

Denn im Anschluss an den Parteitag wurden zwar die mit dem Formelkompromiss verdeckten Auseinandersetzungen mit unverminderter Heftigkeit aber nicht in der Sache, sondern anhand der Frage, „wie hältst du es mit dem Parteitagsbeschluss?“ fortgeführt.

Während ein Teil des Reformflügels, die Regierungslinke, die Debatte in der Sache führen wollte, verweigerte sich die Parteimehrheit einer solchen Debatte und beharrte statt dessen auf dem gefundenen Parteitagsbeschluss. An dieser Verteidigung besonders beteiligte sich insbesondere derjenige Teil des Traditionalistenflügels, der den Formelkompromiss auf dem Parteitag noch als von der reinen Lehre abweichend vehement abgelehnt hatte. Die letztlich konservative Rolle dieser Kräfte (Kommunistische Plattform u.a.) bestand nunmehr darin, den Formelkompromiss mit dem sogenannten Parteizentrum, das an Stabilität und Ruhe nach innen wie außen interessiert war, gegen jede Veränderung zu verteidigen.

¹⁰ Reents 2010, ebd.

Der Formelkompromiss als situative Problemlösung mit dem Ziel einer späteren Klärung des politisch-inhaltlichen Konfliktes wurde in Folge dessen seiner Funktion enthoben und stattdessen als Lösung des Konfliktes selbst inszeniert.

Mit anderen Worten: Die künstliche „Geschlossenheit“ des Parteitages wurde als tatsächliche Mehrheit bewusst missinterpretiert. Und damit diese „Geschlossenheit“ auch gewahrt bleibt, wurden die zur Konfliktreduzierung geschaffenen Formelkompromisse zu „Grundkonsensen“ stilisiert. Wer also die Formelkompromisse in Frage stellte, stellte die Einheit der Partei in Frage, die sich doch zu einem „Grundkonsens“ verständigt habe.¹¹ Damals wie heute äußerte sich in dieser Verweigerung der notwendigen Klärung inhaltlicher Konflikte *„eine zumal in höheren Parteietagen einnistende Mentalität, hinsichtlich des Ausgangs von erkennbarem Meinungsstreit vor allem in den Kategorien von Siegen und Besiegtwerden und weniger denen von Lernen und Dazulernen zu denken.“*¹²

Entgegen den Aufgaben einer politischen Führung, die Debatten innerhalb der Partei zu inspirieren und zu organisieren um die Partei zu befähigen, Wechselwirkungen zur Gesellschaft hin zu erzeugen, erstickte die PDS-Führung, darunter ein wichtiger Teil des Reformflügels, diese Debatten.

Im Ergebnis erstarrte die Partei. Es entstand zuerst eine Führungs- und anschließend eine Parteikrise, deren Grundlagen eine Entpolitisierung der Partei und eine Verkommenheit der politischen Kultur waren.¹³

Aufgrund dieser skizzierten Konfliktminimierungsmodelle gelang es der vormaligen PDS genauso gut wie der LINKEN in den vergangenen Jahren, sich nach außen als Orte von Geschlossenheit zu inszenieren. Das medial immer wieder postulierte Auseinanderbrechen blieb regelmäßig aus. Forderungen insbesondere der politischen Konkurrenz aber auch der eigenen Mitgliedschaft nach einer inhaltlichen Klärung sowie einer strategisch-programmatischen Debatte werden z.B. unter Hinweis auf die bestehenden programmatischen Eckpunkte von 2007 abgebügelt.

Die Parteitage, eigentlich Ort der inhaltlichen Selbstverständigung und der strategischen Auseinandersetzung verlieren so die Funktion, spannende Anschlusspunkte für in der gesellschaftlichen Debatte befindliche Themen zu liefern. Stattdessen werden sie Akklamationsveranstaltungen auf denen wahlweise laue Kompromisse beschlossen und Bekenntnispolitik betrieben wird.

Die Ursache für dieses inhaltliche Manko liegt in einem ebenso nachvollziehbaren wie inakzeptablen Selbstverständnis wesentlicher Teile des Funktionärskörpers, sowohl der früheren PDS als auch insbesondere der WASG.

Der Großteil unserer aktiven Mitgliedschaft und z.B. der Delegierten auf Bundesparteitagen steht in realen politischen Auseinandersetzungen. In der Kommune, in Gewerkschaften, Initiativen an Hochschulen, Schulen oder in Landtagen etc.. Die Vereinbarung von Kompromissen im Gemeinderat, Betriebsrat, bei Tarifverhandlungen oder in der Hochschulselbstverwaltung gehört dort zum Alltag. Häufiger werden Niederlagen eingesteckt als Erfolge erzielt. Das Bedienen der politischen Klaviatur von Opponieren, Tolerieren und Regieren ist selbstverständlich.

Umso frappierender ist es, wenn innerparteiliche Debatten und vornehmlich Bundesparteitage als öffentliche Messen der Bekenntnispolitik verstanden werden.

So wird beispielsweise unter Ausblendung der dramatischen Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg, aufgrund von demographischer Entwicklung und arbeitsmarktbezogener Abwanderung und den damit verbundenen ebenso dramatischen Konsequenzen für den Landeshaushalt und die Gewährleistungsperspektiven öffentlicher Daseinsvorsorge, die Forde-

¹¹ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff 2002, Alles Schöne geht einmal zu Ende. Auch die PDS?, <http://www.benjaminhoff.de/article/2612.alles-schoene-geht-einmal-zu-ende-auch-die-pds.html>.

¹² Reents 2010, ebd.

¹³ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff 2002, Die PDS und die Bundestagswahl vom 22. September 2002, <http://www.benjaminhoff.de/article/2635.die-pds-und-die-bundestagswahl-vom-22-september-2002.html>

rung aufgestellt, in eine Regierung nur dann einzutreten, wenn kein Personalabbau im öffentlichen Dienst stattfindet:

„Ich möchte eine Politik, bei der die Linke ihr Gesicht behält. Sie hat in Brandenburg die verdammte Pflicht, um jede Stelle im öffentlichen Dienst zu kämpfen – auch wenn im Koalitionsvertrag etwas anderes steht. Wir dürfen uns diese Sparlogik nicht aufzwingen lassen. Es gibt genug Geld. Dann muss Brandenburg halt eine Initiative zur Einführung einer Millionärssteuer starten. Und sich weigern, die unsinnige Schuldenbremse einzuhalten.“¹⁴

Eine solche Ausblendung tatsächlicher Regulationsmöglichkeiten und statt dessen vorgenommene Ausflucht zu ersichtlich landespolitisch wirkungslosen Papiertigern, erzeugt eine Glaubwürdigkeitslücke im Hinblick auf die für die Bürger/-innen im Alltag erlebbare Politik der LINKEN in Kommunen, Landespolitik, Gewerkschaften und anderen Bereichen, die Reformprojekte nachhaltig verhindert.

Strategische Entscheidungen treffen – In gesellschaftliche Debatten intervenieren und Gesellschaft gestalten

Wenn im vorangegangenen Abschnitt die strategischen und inhaltlich-programmatischen Defizite der früheren PDS dargelegt wurden, dann geschah dies – um es noch einmal zu betonen – nicht unter der Annahme, dass diese Probleme eins zu eins auf die LINKE zu übertragen seien, sondern im Hinblick auf die Verhinderung solcherart Tendenzen.

Denn anders als es der PDS je möglich war, ist es der LINKEN allein durch ihre bloße Existenz tatsächlich gelungen, gesellschaftliche Diskurse zu verändern. Weniger indem sie diese Diskurse hegemonial bestimmte, sondern vielfach aufgrund des rationalen Kalküls der politischen Konkurrenz, im Parteienwettbewerb nicht noch stärker an die LINKE Stimmen abgeben zu müssen.

Mit dem Übergang der SPD in die Opposition schwächt sich diese Diskursgestaltung durch Existenz freilich ab und steht die LINKE vor der Notwendigkeit, ihre Fähigkeit zu verbessern, aktiv in gesellschaftliche Diskurse zu intervenieren und sich damit im Parteienwettbewerb zu behaupten. Dass dazu eine kontinuierliche strategisch-programmatische Selbstverständigung erforderlich ist, steht außer Frage.

Diese strategisch-programmatische Selbstverständigung kann und darf kein binnenfixierter Prozess der LINKEN für sich sein, sondern muss unter Einschluss und Beachtung der inhaltlichen Debatten und strategisch-inhaltlichen Neuorientieren im radikalreformerischen, rot-rot-grünen oder im weiteren Sinne sozial-ökologischen Spektrum geschehen.

Dass derzeit verschiedene Orte einer solchen Crossover-Debatte¹⁵ entstehen, ist außerordentlich zu begrüßen. Anders als in Unterstellungen einer Regierungsfixierung gemeinhin angenommen wird, lautet die methodische Frage dieser verschiedenen Plattformen einer rot-rot-grünen Debatte nicht, „wann regieren wir?“ sondern „was ist radikalreformerische Politik heute?“.

Mitte der Neunziger wurde diese Frage in Diskursen zwischen linker Sozialdemokratie, linken Grünen und dem Reformflügel der PDS bereits aufgerufen. Mit der verspäteten rot-grünen Machtübernahme 1998 endete dieser überparteiliche Austausch. Im Wesentlichen aus zwei Gründen: Regierungszeiten sind generell kein guter Humus für Debatten mit parteiübergreifendem Charakter. Darüber hinaus waren die Linken in den Regierungsparteien machtpolitisch eingebunden, aber auch an vielen Stellen domestiziert. Die oppositionelle PDS wiederum entwickelte ihr Oppositionsprofil ohne die Schwierigkeiten vieler realpolitischer Erforderlichkeiten.

¹⁴ Sahra Wagenknecht, „Die größten sozialen Untaten hat die SPD zu verantworten“, Interview im Tagesspiegel vom 04. Januar 2010.

¹⁵ Vgl. Aufruf verschiedener Politiker/-innen von SPD, LINKEN und Grünen „Das Leben ist bunter! Den Dialog organisieren – Gesellschaftliche Mehrheiten jenseits von Schwarz-Gelb denken!“ <http://www.stefan-liebich.de/article/1707.das-leben-ist-bunter.html> oder auch die Gründung des Instituts für solidarische Moderne, <http://www.solidarische-moderne.de/>

Wer heute an den Crossover-Diskurs anknüpfen und die Richtung radikalreformerischer Politik bestimmen will, muss vorher die veränderten gesellschafts- und parteipolitischen Koordinaten bestimmen.

Die Linke verdankt ihre Existenz dem - gemessen an Crossover-Ansprüchen der postfordistischen Regulation - Unvermögen von Rot-Grün, die politische und soziale Gestaltung der Globalisierung in einem "New Deal" als Projekt auszugestalten, das im strukturellen Umbruch aufsteigende und absteigende Schichten verklammert.¹⁶

In einem bemerkenswert ehrlichen Aufsatz resümieren Matthias Machnig und Karsten Rudolph, die Grundirrtümer der Schröderschen Regierungszeit und skizzieren Diskussionspunkte, die in egal welcher rot-rot-grünen Denkwerkstatt zugrunde gelegt werden sollten.¹⁷

Ausgangspunkt ist eine – unvermeidlich selbstkritische – Auseinandersetzung mit dem „Dritten Weg“ der deutschen und europäischen Sozialdemokratie, u.a. manifestiert im Schröder-Blair-Papier von 1999. Dieser setzte *„auf eine neue Synthese aus Modernisierungsanstrengungen und Gerechtigkeitsversprechen. Konkret manifestierte sich diese Synthese in der Verlagerung von Macht und Steuerungsleistungen in die Gesellschaft hinein (Deregulierung); der Verlagerung von Verantwortung auf das Individuum (Workfare statt Welfare); und – damit zusammenhängend – in der veränderten Rolle des Staates („schlanker Staat“). Der angestrebte Kompromiss zwischen dynamischem Finanzkapitalismus, strauchelndem Sozialstaat und schwächelnder Demokratie kam nicht zustande, weil der Marktradikalismus in gar nicht wollte. Die großen sozialdemokratischen Versprechen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wurden unter diesen Bedingungen gleichsam täglich dementiert. Denn das Konzept der New Economy war weder mit sozialstaatlich ausgewogenen Leistungen zu vereinbaren, noch waren die Apologeten des entgrenzten Marktes bereit, sich dem Primat demokratischer Politik zu beugen.“*¹⁸

Rot-Grün kann insoweit für sich verbuchen, die dringend notwendige Modernisierung der Gesellschaft vorgenommen zu haben. Dazu gehören im Wesentlichen das Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft, neue Wege in der Familienpolitik und ökologische Justierungen. Doch wurde durch Schröders Sozialreformen die eigene soziale Basis in der Wahrnehmung vieler Menschen abgekoppelt - wovon die LINKE heute profitiert.¹⁹

Dem Politik- und Gesellschaftsverständnis dieser sozialen Basis entspringt ein zutiefst sozialdemokratischer Auftrag: Das Sorgen und Kümmern des Staates, die Politik des alle Mitnehmens, soll wieder für alle gelten. In dieser Hinsicht hat selbstverständlich auch eine Politik ihre Berechtigung, die staatliche Verantwortung mit einem Einsatz für eine gerechte Verteilung in der Gesellschaft koppelt, ohne die zentrale Frage der Wertschöpfung aus dem Blick zu nehmen.²⁰ Die Rahmenbedingungen dafür sind jedoch alles andere als einfach.

Denn wenn nunmehr eine halbe Dekade nach dem Ende der rot-grünen Regierungsperiode und im Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzkrise sich der Neoliberalismus, wie Machnig/Rudolph prägnant formulieren, blamiert und der Staat rehabilitiert hat, entsteht daraus noch lange keine Option für sozial-ökologisches Gegensteuern. Denn der Staat heute *„ist schwächer als sich ihn viele inzwischen wünschen: Wirtschaftliche Krisendynamik, gesellschaftliche Krisenwahrnehmung und staatliche Krisenbewältigung fallen auseinander.“*²¹

Wir müssen freilich konstatieren, dass Bürgerinnen und Bürger staatlichen Rettungsversuchen skeptisch gegenüberstehen. Anzunehmen ist, dass dies nicht tun, weil sie marktliberale

¹⁶ Vgl. Björn Böhning / Benjamin-Immanuel Hoff, "New Deal" - keine Rolle rückwärts. Plädoyer für eine radikalreformerische Politik, in: Freitag, Nr. 34 vom 24.08.2007.

¹⁷ Matthias Machnig / Karsten Rudolph 2009, Die Neuvermessung der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2009, S. 63-74.

¹⁸ Machnig/Rudolph 2009, S. 67.

¹⁹ Vgl. Heiko Geiling (Hrsg.) 2009, Die Krise der SPD: Autoritäre oder partizipative Demokratie, Münster-Hamburg-London.

²⁰ Böhning/Hoff 2007, ebd.

²¹ Machnig/Rudolph 2009, S. 69.

Ansichten in Gänze übernommen haben, sondern weil ihnen mittlerweile das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates fehlt. Sie fürchten, dass sie selbst die Leidtragenden einer lang währenden staatlichen Handlungsfähigkeit sind. „*Mit anderen Worten: Sie fürchten die Staatskrise mehr als die Wirtschaftskrise.*“²²

Unter diesen Rahmenbedingungen ist ein "New Deal" zu entwerfen, der die Individualisierung der Lebensstile und das Verlangen nach mehr Selbstbestimmung einerseits und das Schutzinteresse gegenüber dem Wohlfahrtsstaat vor einem ökonomistisch-juvenilen Neoliberalismus andererseits in Übereinstimmung bringen kann.

Strategie und Programmatik – kein Widerspruch, sondern gegenseitige Bedingung

Die Verständigung über programmatisch-inhaltliche Fragen der LINKEN muss also gelöst werden von der Vorstellung, die seit Jahren verschleppte Programmdebatte der LINKEN könne mit einem Befreiungsschlag aus der Feder von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine eröffnet und faktisch gleich wieder beendet werden. Eine solche Vorstellung ist nicht nur autoritär, sondern wäre die Fortsetzung entsprechender akkumulierter Enttäuschungserfahrungen.

Zudem stehen einer solchen binnenfixierten Idee, die das Diskussionsbedürfnis über eine politische Selbstverständigung und die strategische Ausrichtung innerhalb der eigenen Mitgliedschaft ignoriert, die genannten bereits eröffneten Orte der Debatte über die Grenzen der LINKEN in das weite Feld der sozial-ökologischen, rot-rot-grünen gegenüber.

Ebenso falsch ist jedoch die Vorstellung derjenigen, die meinen, dass eine programmatische Debatte Murks und stattdessen strategisch zu diskutieren sei. Diese Dichotomie unterliegt dem Irrglauben, dass Programme und Strategie zwangsläufig zu trennen seien, weil das eine Theorie – also realitätsfern –, das andere Praxis – also praktisch – sei.

Die strategischen Herausforderungen vor denen wir stehen, sind ohne programmatisch-inhaltliche Selbstverständigung nicht zu meistern. Sie sind jedoch aus der Binnenfixierung und ideologisch-weltfremden Selbstbespiegelung zu lösen und als Grundierung unseres strategischen Handelns zu verstehen. Die Verknüpfung von Programm und Strategie bedeutet demnach: die richtigen Fragen zu stellen, schlüssige Antworten zu geben, Reformprojekte zu initiieren und dafür Menschen zu gewinnen. Dies ist nichts anderes als eine Politik der Diskursintervention mit dem Ziel gesellschaftlicher Veränderung auf Basis von Diskurshegemonie.

Die LINKE – kein eigenes Lager, sondern Teil radikalreformerischer Politik

Ein Teil dieser strategischen Herausforderungen vor denen wir im durch den Parteienwettbewerb dominierten politischen System der Bundesrepublik Deutschland stehen, ergibt sich aus Veränderungen im Parteiensystem selbst. Wir sind damit konfrontiert, dass die Veränderungen hin zu einem Fünf-Parteiensystem zwar neue Fragen der Regierungsbildung gestellt und die Öffnungen der Parteien hin zu neuen Konstellationen die Regierungsoptionen vielfältiger machten. Dennoch sind die Lagerverhältnisse stabiler als vielfach apostrophiert wurde. Anzunehmen ist, dass weiterhin einem konservativ-neoliberalen (schwarz-gelben) Block ein sozial(-demokratisch/-istisch)-ökologischer (rot-rot-grüner) Block gegenüber steht.

Dies als Tatsache zu realisieren und zu akzeptieren, bedeutet für die LINKE, genauso die vormals die PDS, auf die Vorstellung zu verzichten, ein eigenes drittes Lager jenseits von schwarz-gelb und rot-grün bilden zu können.

Bedauerlicherweise beruht auf der Fiktion, ein solches Lager bereits gebildet zu haben, ein Gründungsmythos der LINKEN und das Selbstverständnis eines erheblichen Teils der früheren WASG-Mitgliedschaft. Dieses Lager zeichne sich dadurch aus, jenseits des „neoliberalen

²² Machnig/Rudolph 2009, S. 70.

Einheitsbreis“ zu stehen, wie – die Unterschiede zwischen den anderen Parteien dramatisch leichtfertig nivellierend – formuliert wird.

Diese Annahme ist, trotz schwarz-grün in Hamburg und dem Jamaika-Bündnis im Saarland falsch. Es gibt zwei Lager – nicht mehr, nicht weniger. Der Wunsch ein drittes Lager zu bilden wird nicht wirksam werden. Stattdessen wird zu akzeptieren sein, dass alle Parteien in der Vielfalt ihrer Optionen eingeschränkt sind und sich diesem oder jenem Lager zuschlagen müssen. Dementsprechend bestimmt sich der „Gebrauchswert“ der LINKEN in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ebenso wie im Parteienwettbewerb nicht danach, welche politisch-atmosphärischen, symbolischen Zeichen sie setzen kann – sondern was sie real an Einfluss im konkreten Interesse der Bürger/-innen ausübt, ausüben kann, ausüben will.²³

* * *

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, geb. 1976, ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin. In der LINKEN gehört er dem Bundesvorstand des forum demokratischer sozialismus (fds) an.

²³ Vgl. Michael Vester / Heiko Geiling 2009, Soziales Kapital und Wählerverhalten – Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei, in Geiling (Hrsg.), S. 25-52.